



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 17. September 2013

P131095

11.466 s Pa.IV. Recordon. Frist für die Sanierung belasteter Standorte

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Umwelt.

Begründung

In seiner Vernehmlassungsantwort kann der Regierungsrat den Vorschlägen der ständerätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie zur Fristverlängerung für Abgeltungen an die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten nur bedingt zustimmen: Die Fristverlängerung belohnt vor allem Deponiebetreiber, die sich nicht an das im Jahr 1996 in Kraft getretene Ablagerungsverbot für unbehandelte Abfälle gehalten haben. Die Zustimmung des Regierungsrates erfolgt nur im übergeordneten Interesse, damit notwendige Massnahmen nicht infolge fehlender Mittel hinausgezögert werden. Der Regierungsrat möchte aber in diesen Fällen den Abgeltungssatz nicht nur von 40 auf 30%, sondern auf 20% reduzieren.

